

Die Fortbildung der wirtschafts- und sozialpolitischen Ideen in der Schweiz ¹⁾

Von Dr. Paul Gygax, Zürich

«Wirklich gross ist nur die Politik, die zu höhern und dauernden Gestaltungen führt, nicht die, welche im Erfolg der Gegenwart die Anfänge der eigenen Vernichtung trägt. Und da wird vielleicht im Licht der kommenden Völkerentwicklung unser bescheidener Staatsgedanke nicht so klein erscheinen wie in der heutigen Zeit.»

Max Huber: Der schweizerische Staatsgedanke.
(Zürich 1916.)

Der Krieg und die Nachkriegszeit mit ihren wirtschaftlichen, politischen und sozialen Umwälzungen haben auch in der Schweiz zum Nachdenken über die Geschichte und die Grundlagen der schweizerischen Wirtschafts- und Sozialpolitik geführt. Die letzten vier Jahrzehnte, die in diese Betrachtung einbezogen wurden, brachten der Schweiz nicht nur eine bedeutende wirtschaftliche und soziale Entwicklung, sondern veränderten auch ihre ökonomische Struktur und politische Physiognomie. Die Fortbildung und Wandlung der Ideen kann auf diesem knappen Raume nur angedeutet werden. Die zeitliche Beschränkung bringt es mit sich, dass diese Arbeit nur ein Fragment darstellt. Sie will auch nur als ein solches gewertet werden. Ideen und Aktionen der einzelnen wirtschafts- und sozialpolitischen Richtungen finden ihre Würdigung innerhalb des Rahmens, in welchem sie sich abspielten ²⁾.

¹⁾ Dieser Aufsatz ist eine in erweiterter Form wiedergegebene Antrittsvorlesung an der Universität Zürich. — Die wirtschafts- und sozialpolitische Ideenforschung wird im Auslande häufiger betrieben als in der Schweiz. Heinrich Herkner gliedert seine «Arbeiterfrage» (achte Auflage 1922, Berlin und Leipzig) im zweiten Teil in «soziale Theorien und Parteien». Raymond de Waha schrieb 1910 (Enke, Stuttgart) ein Buch: «Die Nationalökonomie in Frankreich», das zum Teil trefflich den unermesslichen Gedankenreichtum der französischen Nationalökonomie aufzeigt. In den Festgaben für Lujo Brentano (München 1925), «Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege», werden fesselnde Aufsätze geboten über die «wirtschaftspolitischen Strömungen» und die «Wirtschaftswissenschaften und die Nationen». Endlich sei noch auf das «Handbuch der Politik», Band II (Berlin 1912), hingewiesen auf den Aufsatz: «Die politischen Parteien in Deutschland». In kritischer Weise setzt sich Emil Dürr (Neuzeitliche Wandlungen in der schweizerischen Politik, Basel 1928) mit dem schweizerischen Parteiwesen vom Standpunkt der Verwirtschaftlichung der politischen Motive und Parteien auseinander.

²⁾ Nicht nur die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Schweiz ist in der Nachkriegszeit Gegenstand lebhafter Erörterung und Kritik sondern auch die allgemeinen politischen Ideen. Es wäre zu verweisen auf Dietrich Schindler: «Ideen und Interessen in den politischen Parteien»,

Unsere Betrachtung beginnt mit der Frage, ob die Ideen des Manchestertums sich, wie früher auch in der Schweiz, noch länger der überwiegenden Geltung erfreuen konnten. Nicht nur in der freisinnigen, sondern auch in der sogenannten «Zentrumspartei» (liberalkonservativ) fand in den letzten Jahrzehnten eine *Abkehr* vom schrankenlosen *Individualismus* statt. *Cramer-Frey*, der ihr zugehörte, sagte im Jahre 1883 im Nationalrat: «Die reine Manchestertheorie ist unhaltbar geworden, weil sie durch die plötzlich allzu weit getriebene Konsequenz das Tempo mit den übrigen, auch den sozialen Faktoren nicht eingehalten hat. Je hartnäckiger wir uns gegen die moderne Anschauung von den Pflichten des Staates stemmen, desto schärfer muss der Einbruch in das Bestehende sich gestalten; er kann dann leicht in eine ungesunde und verderbliche Reaktion ausarten.» Im Gegensatz zu seinen liberalkonservativen Gesinnungsfreunden, aber auch zu Numa Droz, trat Cramer-Frey aus höheren wirtschaftlichen Gründen für die Verstaatlichung der Eisenbahnen ein, indem er u. a. ausführte: «Die schon längst als Bedürfnis empfundene Vereinheitlichung des Betriebes der Hauptnetze und alle darauf hinzielenden Bestrebungen durch das Mittel von Fusionen unter den bestehenden grössern Bahngesellschaften scheiterten an den Rücksichten auf lokale, teils persönliche Interessen und an einer gewissen Engherzigkeit in der Auffassung der grossen Frage als Ganzes. Der Zustand der Zersplitterung im Eisenbahnwesen ist ungesund und unhaltbar; die Bahngesellschaften sind ohnmächtig, aus eigener Initiative die Unifikation des Betriebes herzustellen; die Amortisation der Bahnen ist im Interesse der wirtschaftlichen Konkurrenz gegenüber dem Auslande unumgänglich.» Dann fuhr er wörtlich weiter: «So ist es ganz natürlich, dass nach und nach bei einer grossen Zahl solcher Bürger, welche sonst einer weitgehenden Vermehrung der staatlichen Gewalt und einer übertriebenen Einmischung der letztern in die private Tätigkeit abhold sind und die heute noch die feste Überzeugung haben, dass die anfängliche Übernahme des Baues und Betriebes der Bahnen durch den Staat unser Land in namenloses Unglück gestürzt hätte, der Gedanke von der Notwendigkeit der Verstaatlichung zur Reife gediehen ist.»

Der typische Vertreter des ökonomischen Liberalismus war unter den radikalen westschweizerischen Politikern *Numa Droz*¹⁾, sogar einer der heftigsten Gegner der Verstaatlichung der Hauptbahnen. Ende Dezember des Jahres 1892

«Wissen und Leben», Jahrgang 1925, ferner in derselben Zeitschrift William Martin: «Réflexions sur les élections fédérales» (1925). P. Mori: «Schweizerische Politik» (1924). E. Schürch: «Eine andere Betrachtung» (1925). Ferner Hans Nabholz: «Das Problem der Verantwortung in der schweizerischen Demokratie», Zürich 1916, Oscar Wettstein: Bundesfeierrede in Basel (1. August 1928), Zürcher Post, Nr. 180, 1928: «Hat unsere Demokratie wirklich versagt? Unter ihrem Regime hat sich der neue Bundesstaat in 80 Jahren blühend entwickelt, die Krisis der Kriegs- und Nachkriegsjahre haben wir glücklich überwunden, die sozialen Erschütterungen, deren Wellen aus den Nachbarstaaten auch zu uns herüberfluteten, sind dank unserer Demokratie ohne bleibenden Nachteil für unser Staatswesen vorübergegangen. Wir haben allen Grund zu glauben, dass wir es der Demokratie zu danken haben, wenn wir aus allen diesen Wirren so glimpflich davongekommen sind. Und dennoch diese Zweifel, diese Verdrossenheit, diese leider so weit verbreitete politische Müdigkeit. Liegt das wirklich an den Formen? Kommt es darauf an, was die Demokratie aus uns macht, oder darauf, was wir aus ihr machen?»

¹⁾ Essais économiques, Genf 1895; Etudes et portraits politiques, 1897; La Démocratie fédérative et le Socialisme d'Etat, Genf 1896.

trat er aus dem Bundesrate aus und nahm, Arm in Arm mit den westschweizerischen Liberalkonservativen ¹⁾ den Kampf gegen die Zentralisation für den Freihandel ²⁾ und die individualistische Wirtschafts-idee auf. Er bekämpfte auch die Staatsbank (Projekt Hauser), die Forderschen Versicherungsgesetze, die militärische Zentralisation. Droz stand ganz im Banne der klassischen Schule der französischen Nationalökonomie und war besonders beeinflusst von Molinari, aber auch von Yves Guyot. Wie ablehnend Droz der Intervention des Staates gegenüberstand zeigt folgenden Passus aus seiner Schrift «La Démocratie fédérative et le Socialisme d'Etat»: «Au lieu de stimuler les forces vives de la nation, l'Etat les paralyse. Au lieu de procurer le bonheur général, il ne fait naître que le mécontentement, fruit d'une intervention malencontreuse qui trouble forcément les intérêts et froisse la conscience individuelle du droit.» Auch die Anhänger des wadtländischen Radikalismus waren und sind grundsätzliche Gegner der zunehmenden wirtschaftlichen Zentralisation ³⁾. Louis Ruchonnet prägte die Formel, man solle dem Bunde überlassen, was dieser besser besorgen könne als die Kantone, und diesen, was sie besser leisten können. Felix Bonjour ⁴⁾ bemerkte, die Formel sei richtig, aber elastisch. «Il y a des cas dans lesquels on ne s'entendra pas sur l'opportunité de l'application et où l'on différera d'avis sur les résultats de l'activité de l'un ou l'autre des pouvoirs.» Auch der Föderalismus radikaler Prägung trat ebenso entschieden wie derjenige der Genfer, Waadtländer und Neuenburger Liberalkonservativen gegen ein Übermass von Zentralisation auf. Dem Zug nach Zentralisation, schrieb Bonjour, stellen sich Hindernisse entgegen, die man nicht unterschätzen dürfe.

Der westschweizerische Föderalismus ist auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete als ein Faktor in die politische Rechnung zu stellen, an eine vollständige Umorientierung einer gleichsam auf dem Boden einer natürlichen Entwicklung entstandenen Mentalität ist nicht zu denken. Das nachstehende Urteil eines in Bern und beim deutschschweizerischen Freisinn anerkannten Politikers spricht dafür: «Pour la Suisse romande, la politique fédéraliste — et j'entends par là und politique fédéraliste raisonnable, telle que la concevait et définissait Louis Ruchonnet — reste une nécessité primordiale. Tout ce que nous donnerons de trop à la centralisation froissera le sentiment obscur mais toujours vivant de la race, éveillera ses soupçons, ses méfiances et ses regrets, ne serait-ce déjà qu'au point de vue de la langue dans laquelle sont rédigés nos lois, nos ordonnances, nos règlements, en un mot tout l'appareil législatif et administratif par lequel le gouvernement communique avec le peuple. La centralisation à outrance me paraît

¹⁾ Horace Micheli (l'Idéal démocratique et la crise actuelle, Genf 1916) nannte Numa Droz: «un grand libéral et un grand idéaliste».

²⁾ Schutzzoll oder Freihandel, Bern 1884.

³⁾ Für das Getreidemonopol ist die vor allem die Bauern umfassende radikale Partei des Kantons Waadt aus naheliegenden Gründen eingetreten.

⁴⁾ La Démocratie Suisse, Lausanne 1919, S. 26, Bonjour stimmt Nabholz zu (Der Kampf um den zentralistischen Gedanken in der eidgenössischen Verfassung, Zürich 1918), wo er bemerkt (S. 41): die Gefahr, die mit der fortschreitenden Stärkung der Bundesgewalt auf Kosten der Kantone verbunden sei, müsse sich ganz besonders die Mehrheit im Schweizervolk bewusst sein, die es im Bundesstaate in der Hand habe, der Minderheit ihr Gesetz aufzunötigen.

aussi dangereuse pour l'avenir du pays et le maintien de la solidarité des races que le serait l'abandon de notre neutralité militaire ¹⁾.)

Die *föderalistischen Ideen*, auch auf dem wirtschafts- und sozialpolitischen Gebiete, sind in der *Kriegszeit*, als die Gegensätze zwischen deutschschweizerischer und westschweizerischer Mentalität scharf aufeinanderprallten, besonders eindrücklich vertreten worden vor allem von den liberalkonservativen Genfern und Neuenburgern, die antietatistisch und freihändlerisch orientiert sind ²⁾. Edouard Secretan gab ihnen im Jahre 1915 folgende volkstümliche Prägung: «La Confédération, c'est la grande patrie suisse, où les vingt-cinq petites patries cantonales vivent dans une étroite solidarité, mais vivent de leur vie propre, avec leurs traditions et leurs langues différentes, leur intérêts économiques aussi, souvent en conflit. La diversité dans l'unité, telle est l'âme suisse ³⁾.)» Es kommt auch nicht von ungefähr, dass die

¹⁾ Felix Bonjour, «Le problème de la Solidarité des races en Suisse» im «Handbuch für die Nationalratswahlen 1925», herausgegeben vom Zentralvorstand der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz in Bern, S. 69. Vgl. auch die Artikelserie, die Bonjour dem Vortrag von Robert Forrer am Parteitag dieser Partei (Juni 1927 in St. Gallen) widmete. La Revue, Lausanne (I. VI. 21.—31. Juli 1927).

²⁾ «L'Ideé libérale», Verlag «Atar», Genf (215 S., keine Jahreszahl). Das Buch enthält Vorträge von Albert Bonnard, Horace Micheli, Paul Pictet, Fred. de Rabours.

³⁾ Im Juli 1928 bemerkte die «Gazette de Lausanne» (Nr. 185): «Ces paroles du colonel Edouard Secretan sont vraies aujourd'hui comme elles l'étaient lorsqu'il les prononça il y a treize ans.» Von dokumentarischem Wert bleiben die Schriften von William Rappard, «Zur nationalen Verständigung und Einigkeit», Zürich 1915, und von Paul Seippel, «Schweizerische Wahrheiten», Zürich 1917. Letzterer schrieb (S. 33): «Ich möchte die deutsche und die romanische Schweiz mit den beiden Schwestern von Bethanien vergleichen, die erstere gleicht Martha, die zweite gleicht Maria. Maria hat den bessern Teil gewählt, der ihr nicht geraubt werden wird. Aber ich habe mich oft gefragt, wenn die brave Martha nicht da wäre, um die Schwester von den materiellen Sorgen zu entlasten, wie würde es dann um den Haushalt stehen? Wie könnte Maria sich den Wallungen ihres edeln Herzens überlassen? Und ich habe denn doch einen sehr grossen Respekt vor Martha, die die weniger schöne und undankbarere Aufgabe gewählt hat. Martha ist die Schutzpatronin der deutschen Schweiz. In allen deutschschweizerischen Städten finden Sie Häuser mit dem Schild: „Marthahauss“. Seien wir unsern deutschen Eidgenossen dankbar dafür, dass sie für die materiellen Bedürfnisse sorgen und uns dadurch den Luxus eines Ideals ermöglichen. Und sodann nehmen wir sie, wie sie sind, eine energische Rasse, abgehärtet für die Arbeit, eine Rasse, deren kräftige und jugendliche Vitalität herrliche Reserven birgt. Lieben wir ihre Kunst und Literatur, deren Gradheit und gesunde Schönheit, und wenn sie uns die Hand reichen, so wollen wir in sie einschlagen, wohl wissend, dass das eine kräftige Faust ist, die uns in der Stunde der Gefahr nicht fehlen würde. Sie begreifen wohl, dass wir der Schweiz etwas zu geben haben, dass wir sie bereichern und vervollständigen können.» Rappard bemerkte (S. 33): «Ein besonderer Zug des Welschschweizers ist sein Idealismus. Ich nehme dieses Wort hier in einem beinahe amoralischen Sinne, als eine Weltanschauung bezeichnend, in der den Ideen, d. h. den geistigen Tatsachen, ein höherer Grad von Bedeutung und von Wert beigegeben wird als den materiellen Wirklichkeiten. Die geringere wirtschaftliche Entwicklung der Westschweiz und die bescheidenere Stellung, die dem Handel und der Industrie von der öffentlichen Meinung eingeräumt wird, betrachte ich zugleich als Folge und auch wieder als Ursache dieses Idealismus. Man vergleiche, wenn man an der Richtigkeit dieser Auffassung zu zweifeln geneigt ist, die wichtigsten welschschweizerischen mit den entsprechenden deutschschweizerischen Tageszeitungen. Der Kontrast der sich aus einer solchen Gegenüberstellung ergibt ist ebenso bezeichnend wie belehrend. Nur der hier herrschende Mangel an Interesse und Verständnis für wirtschaftliche Fragen kann gewisse Erscheinungen der letzten Zeit erklären, die der deutschen Schweiz unbegreiflich sind, weil sie dort unmöglich wären. Ich denke z. B. an die jüngsten An-

Westschweizer, vor allem die liberalkonservativen, zu den Verehrern der Landsgemeinde und der kleinen innerschweizerischen Kantone, der «Suisse primitive» gehören.

Im Kanton Zürich brach sich anfangs der neunziger Jahre mit der von Ludwig Forrer, Ulrich Meister und Paul Usteri im Jahre 1894 geschaffenen *Schweizerischen Freisinnig-demokratischen Partei* eine Richtung Bahn, die der wirtschaftlichen Zentralisation, soweit sie im Interesse der Verselbständigung der schweizerischen Volkswirtschaft lag, die Wege ebnete. Dieser Schaffung der grossen freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz ging die Trennung der Liberalen von den Konservativen im Kanton Zürich voraus¹⁾. Damit wurde auch eine weiterausgreifende, den Aufgaben einer neuen Zeit besser gerechtwerdende Wirtschafts- und Sozialpolitik möglich.

Die *freisinnige Richtung* in der *schweizerischen Politik* hat immer mehr die manschesterliche Auffassung des Liberalismus abgestreift und sich einer sozialliberalen Politik zugewandt, die in den einzelnen Kantonen je nach ihrer politischen Tradition und wirtschaftlichen und sozialen Struktur verschiedene Nuancen aufweist¹⁾. «Die Gegenwart zeugt von unserm redlichen Bemühen, sozialen Missständen abzuhelfen. Unser Programm für die Zukunft ist alles andere eher als antisozial. Will die Sozialdemokratie zu seiner Verwirklichung mithelfen, so ist sie willkommen. Ihren Klassenkampf aber, ihre Vergewaltigungstheorien, und die antinationalen Tendenzen, die sich ihr anhängen, weisen wir mit dem äussersten Nachdruck zurück. Ferne sei es von mir, zu bestreiten, dass wir von der Sozialdemokratie nicht auch für uns gelernt haben und weiter lernen können. Sie hat beigetragen zur Neubelebung des altruistischen Gedankens; sie hat uns die Solidarität der Menschen und Interessen wieder näher gebracht und in ihrer eigenen Organisation ein Vorbild dafür geschaffen. Gegenüber früheren Zeiten ist ein grösseres Mass sozialen Empfindens und Fühlens heute deutlich erkennbar²⁾.»

«Unser Ziel ist klar. Wir halten fest am liberalen Grundgedanken, der nichts von manschesterlicher Übertreibung an sich haben darf, und verteidigen ihn gegen die Utopien der doktrinären Verstaatlichung und Sozialisierung wie gegen jede

griffe auf die Vollmachten des Bundesrates.» Emil Dürr (Neuzeitliche Wandlungen in der schweizerischen Politik) bemerkt (S. 73) über den ausgeglichenen wirtschaftlich konservativen Charakter und die geringere Industrialisierung der romanischen Schweiz: «Der Gesamtsachverhalt in der Politik und der Stand der allgemeinen Parteientwicklung in der welschen Schweiz entsprechen eben nur der Tatsache, dass diese gegenüber dem deutschen Landesteil wirtschaftlich und sozial weniger differenziert ist. Nur die peripherischen Teile sind hier industrialisiert und sozialistisch ergriffen und beeinflusst.»

¹⁾ Es sei verwiesen auf Zurlinden: «Hundert Jahre Bilder aus der Geschichte der Stadt Zürich», 1814—1914, S. 340 ff., ferner «Ulrich Meister», 1838—1917, ein Zürcher Politiker von Hans Schmid, Zürich 1925. Zurlinden schreibt über den «Sieg von Meisters Kompromisspolitik», S. 343: «Meisters Politik war zu jeder Zeit ein durch und durch ehrlicher, aufrichtig dem Fortschritt ergebener Freisinn, sein politisches Ideal, die Bildung einer freisinnig-demokratischen Mittelpartei unter Verschmelzung der fortschrittlichen Liberalen und gemässigten Demokraten und Abstossung der Konservativen auf den rechten und der Sozialdemokraten auf den linken Flügel.»

²⁾ Walter Bissegger, «Die freisinnig-demokratische Partei und die Sozialdemokratie», Zürich 1910.

geistige Unfreiheit. Wir verpflichten uns fernerhin auf die Demokratie und kämpfen gegen Diktatur und Terror der Minderheit ¹⁾.)»

Heinrich Herkner ²⁾ reihte die freisinnig-demokratische Partei der Schweiz in die sozialliberale Richtung ein; eine gewisse Verwandtschaft mit den englischen Verhältnissen sei unverkennbar. Die Partei betonte in ihren Kundgebungen den sozialen Ausgleich. Robert Forrer ³⁾ bemerkte im Jahre 1927 in einer programmatischen Kundgebung: «Wir lehnen die Theorie des Marxismus ebenso ab, wie wir das Mittel, durch das die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung erobert werden will, das Mittel des Klassenkampfes, als verwerflich bezeichnen. Niemals kann der Hass Führer sein hinauf zum Höhenweg eines sozial und kulturell besseren und schöneren Menschendaseins. Nicht die Zertrümmerung der bestehenden Wirtschaftsordnung, sondern ihre Stützung und Festigung durch sozialen Einbau. Das ist der Weg der Synthese zwischen Arbeit und Kapital, den über alle dogmatischen Gegensätze hinweg auch jene Sozialisten nicht für ausgeschlossen halten, die, wie der leider viel zu früh verstorbene Kollege Naine und sein ihm mannigfach verwandter grosser Gesinnungsgenosse Jean Jaurès, einen starken Hauch von Idealismus sich bewahrt haben.»

Unter den Wirtschaftspolitikern der Jahre 1880—1900 ragt der Liberale *Conrad Cramer-Frey* ⁴⁾ hervor, der die Wirtschaftspolitik auf den verschiedensten Gebieten in hervorragender Weise beeinflusste. Auf verschiedensten Gebieten — Notenbankfrage, Münzfrage, Eisenbahnverstaatlichung, Zoll- und Handelspolitik — äusserte sich seine überragende Bedeutung. Eine ganze Epoche der schweizerischen Wirtschaftspolitik bleibt mit diesem Namen verknüpft. Sein Nachfolger, Alfred Frey, hat namentlich das handelspolitische Werk seines Vorgängers fortgeführt. Er war ein überzeugter Anhänger der Kampfzollpolitik; er forderte hohe Generaltarifzölle, um den Vertragsgegner zu zwingen, auf den für uns wichtigen Ausfuhrpositionen mit seinen Zöllen herunterzugehen ⁵⁾. Auf die *Zollpolitik* der letzten vier Jahrzehnte, d. h. von der Zeit der mässigen Schutzzölle bis in die Nachkriegszeit, hatten namentlich Cramer-Frey, Numa Droz, Alfred Frey, Ernst Laur, Bundesrat Schulthess Einfluss. Mit dem Zolltarif des Jahres 1884 begann die Zeit der mässigen Schutzzölle. Bahnbrechend war die Eingabe der kaufmännischen Gesellschaft Zürich ⁶⁾ vom Jahre 1882; sie bedeutete die Entstehung der Kampfzollpolitik ⁷⁾. Seit der Mitte der 1880er Jahre ist diese von Zürich ausgehende Bewegung mehr und mehr der Boden geworden, auf dem sich eine neue aus Schutz- und Kampfzöllnern gemischte zollpolitische Mehrheit in den eidge-

¹⁾ Albert Meyer am freisinnig-demokratischen Parteitag der Schweiz, 9. September 1928.

²⁾ Die Arbeiterfrage, II. Band, Berlin 1922, S. 180.

³⁾ Wesen und Ziele der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz.

⁴⁾ Über Cramer-Frey: Nekrolog der N. Z. Z. vom 8. Januar 1900, die Trauerreden von W. Köchlin und Gustav Vogt, das Zirkular Nr. 232 des «Vorortes», verfasst von Alfred Frey.

⁵⁾ 55. Jahresbericht des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins.

⁶⁾ Über ihre Stellung zur Zollpolitik vgl. das zweibändige Werk von Emil Richard: Kaufmännische Gesellschaft Zürich und Zürcher Handelskammer 1873—1923.

⁷⁾ Eine Schilderung dieser neuen Richtung bei Traugott Geering: Art. Handelspolitik im Reichesberg'schen Handwörterbuch, S. 515 ff.

nössischen Räten und im Volke zusammenfand. Im Gegensatz zu dieser Entwicklung standen die Westschweiz, die Basler Industriekreise ¹⁾, von denen Geering sagt, dass sie mit einem grossen Teil der Ostschweiz «an den freien Traditionen der grossen Exportpolitik als einer der wichtigsten Grundlagen des schweizerischen Nationalwohlstandes festgehalten haben». Die Zolltarifrevision des Jahres 1891 war von besonderer Bedeutung, weil die wirtschaftlichen Interessengruppen stärker in die Erscheinung traten. Beim Zolltarif des Jahres 1902 trat der Schweizerische Bauernverband ²⁾ mit seinen Begehren hervor. Die ersten Schutzzollbegehren der Landwirtschaft (1885) wurden bei der Partialrevision des Zolltarifes im Jahre 1887 angemeldet. Gleichzeitig lagen Eingaben des *Gewerbes* vor, das seit Jahrzehnten mit seinen wirtschaftlichen Postulaten, vor allem mit der Forderung nach einem eidgenössischen Gewerbegesetz, hervortrat. Der Einfluss dieser wirtschaftlichen Gruppe wäre stärker zum Ausdruck gekommen, wenn Handwerk und Kleinhandel sich auf einer einheitlichen mittelständischen Front hätten verständigen können. Das Fehlen dieser Geschlossenheit der Aktion ist zum Teil der Grund dafür, dass vor Jahrzehnten schon gestellte Postulate eine gesetzgeberische Lösung auf dem Boden des Bundes nicht oder nur teilweise gefunden haben. Andere Postulate (z. B. Kampf gegen die Warenhäuser, Besteuerung der Warenhäuser) sind von den beteiligten Kreisen selbst abgeschrieben worden, sei es, dass sich die Ansichten über ein gesetzgeberisches Eingreifen änderten, sei es, dass man die Aussichtslosigkeit der Aktion einsah. Zu den originellsten Postulaten, die von gewerblicher Seite ausgingen, gehörten die obligatorischen Berufsgenossenschaften von Scheidegger (Bern) ³⁾.

In sozialpolitischer Beziehung wurde der *westschweizerische Radikalismus* in seinen hervorragenden Vertretern, vor allem Georges Favon, *Adrien Lachenal* und Alexandre Gavard ⁴⁾, durch Leon Bourgeois, «Solidarité», beeinflusst. Lachenal formulierte sein soziales Glaubensbekenntnis ⁵⁾ als Bundesrat (1898) wie folgt: «Le labeur sera de tous les domaines; il devra réaliser, en une synthèse, avec l'égalité politique dès longtemps conquise et un développement économique assurant au pays la prospérité intérieure autant qu'un bon rang parmi les nations, une évolution sociale éclairée, sachant accueillir et mesurer toutes les revendications dans un esprit de supérieure justice.»

Theodor Curti, der frühere Redakteur der Frankfurter Zeitung, der nachherige Leiter der Züricher Post und der spätere Regierungsrat des Kantons St. Gallen

¹⁾ Über den baslerischen Standpunkt in der Handelspolitik orientiert u. a. die Denkschrift der Basler Handelskammer von Hermann Henrici, 1876—1926 (handelspolitische Tätigkeit, S. 71 ff.). Koechlin-Geigy erklärte, der Bund dürfe sein Bekenntnis zum Freihandel nicht aufgeben (S. 71).

²⁾ Signer: Die treibenden Kräfte der schweizerischen Handelspolitik, Zürich 1914. Das Buch bietet eine anschauliche Darstellung der zoll- und handelspolitischen Richtungen seit dem Jahre 1850.

³⁾ Veröffentlichungen des Schweizerischen Gewerbevereins, Bern 1896.

⁴⁾ Histoire de la Suisse au XIX^e siècle (Genf 1898): «La démocratie républicaine ne peut triompher des misères et des obscurantismes qu'à la condition de garantir à ses membres la plus grande somme de sécurité intellectuelle, morale et surtout matérielle», S. 456.

⁵⁾ Vorwort zum Werke von Gavard.

und Nationalrat, war einer der ersten konsequenten Vertreter der Sozialpolitik innerhalb der bürgerlichen Demokratie¹⁾. Von seinem Aufenthalt in Deutschland gingen die stärksten sozialpolitischen Impulse auf ihn aus. Vom Radikalismus und von Ludwig Forrer trennte ihn eine andere Einstellung zum Katholizismus bzw. zur katholisch-konservativen Partei. Den sozialen Kurs Curtis setzte nach seinem Weggang von Zürich Oscar Wettstein fort. Die wirtschaftspolitisch soziale Reformarbeit unter eidgenössischen Parlamentariern wies früher zur Zeit von Curti, Decurtins, Favon, Lachenal eine gewisse Arbeitsgemeinschaft auf. Man suchte unter politisch auseinanderstrebenden Politikern eine Brücke zur Verständigung zu bauen. Das gemeinsame Band, das diese Männer verband, war die Sozialpolitik; bezeichnend war aber auch das gemeinsame Interesse, das sie an den Fragen der gewerblichen, kaufmännischen und bäuerlichen Mittelstandspolitik hatten. Die Probleme des sogenannten «Neuen Mittelstandes» traten damals noch nicht so stark in den Vordergrund.

Die *katholischen Ideenrichtungen* weisen in den letzten drei Jahrzehnten einen besonders stark hervortretenden Zug ins Soziale auf. Diese Entwicklung bedeutet gewissermassen einen Gegensatz zu der Richtung, die einst Philipp Anton von Segesser vertrat, den man als den Vertreter des aristokratisch-autoritären Prinzips bezeichnen könnte²⁾. Die leitenden Persönlichkeiten der katholisch-konservativen Partei, Caspar Decurtins, Jos. Beck, Georg Baumberger, Emil Buomberger, Professor Jung, vertraten innerhalb des Rahmens der christlich-sozialen Richtung, aber vor allem innerhalb der Gesamtpartei, die Ideen der Encyclika *rerum novarum* Leo XIII.

Der Bündner *Caspar Decurtins*³⁾ war die originellste Erscheinung im politischen Katholizismus der neueren Zeit, ein Mann von enzyklopädischem Wissen, von universellen Interessen, Jurist, Volkswirtschaftler, Soziologe, Historiker, Politiker, Parlamentarier, Universitätsprofessor, alles in *einer* Person. Seine Tätigkeit im Dienste der sozialen Idee hat den Kurs der katholisch-konservativen Partei stärker beeinflusst. Aber auch im Nationalrat liessen seine sozialen Anregungen Spuren zurück, da er in sozialen Fragen in enger Fühlung, oft in Überein-

¹⁾ Über Th. Curti Paul Gygax: «Wissen und Leben», Januar 1915, Nekrolog der «Zürcher Post», Januar 1915. Von seinen Schriften seien erwähnt: Geschichte der schweizerischen Volksgesetzgebung (zugleich eine Geschichte der schweizerischen Demokratie), Zürich 1885, Die schweizerischen Volksrechte 1848—1900, Zürich 1900, Ein internationales Arbeiterschutzzamt, Geschichte der Schweiz im XIX. Jahrhundert.

²⁾ Paul Gygax: Caspar Decurtins, Nekrolog in der N. Z. Z., Nr. 873, 1. Juni 1916, und in «Wissen und Leben» vom 1. August 1916, ferner L. Cavelti: C. Decurtins, Gossau 1917. Die religiös-soziale Bewegung hat in Leonhard Ragaz ihren bekanntesten Vertreter (N. Z. Z., Nr. 1376, 1928, zum 60. Geburtstag). Im Buch «Ein sozialistisches Programm», Olten (keine Jahreszahl), hat Ragaz mit anderen seinen Standpunkt zum Sozialismus dargelegt. Er bekämpfte extreme Entwicklungen der sozialdemokratischen Partei und ging zum Teil andere Wege. Verwiesen dazu Ed. Ernst: «Die evangelische Gewerkschaft und die religiös-soziale Bewegung», Zürich 1926. Im Jahre 1928 wurde in St. Gallen eine evangelische Volkspartei gegründet.

³⁾ Auf die schweizerische Wirtschafts- und Sozialpolitik wirkte Decurtins ein als Sozialpolitiker und Vertreter der Interessen der Gebirgsbevölkerung. (Er gehörte zu den Gründern des Schweizerischen Bauernbundes.) Die Fragen des Arbeiterschutzes und der Haftpflicht hatten sein besonderes Interesse.

stimmung mit Bundesrat Ruchonnet, den Nationalräten Curti, Favon, Lachenal usw. war. Decurtins wurde sozial stark beeinflusst durch die Schriften des Mainzer Bischofs Emmanuel Ketteler, des österreichischen Sozialpolitikers Freiherr von Vogelsang, durch die Franzosen de Mun und La Tour du Pin und Le Play.

Der Luzerner *Josef Beck*, Professor an der Universität Freiburg, wurde der stärkste Förderer der katholisch-sozialen Bewegung. Sie nahm Mitte der achtziger Jahre ihren Anfang und fand in Beck eine energische, zielsichere und auch sozialpolitisch hervorragende Persönlichkeit. Beck, Decurtins und Feigenwinter (Basel) waren viele Jahre die Seele dieser Organisation, welche die sittlichen Gebote der Gerechtigkeit, der christlichen Moral, Liebe und der Achtung der Menschenwürde, zu grösserer Anerkennung bringen wollte. Ins Jahr 1887 fällt die durch die vereinten Bemühungen von Heinrich Scherrer (St. Gallen), Hermann Greulich (Zürich) und Caspar Decurtins (Truns) erfolgte Gründung des «Schweizerischen Arbeiterbundes» und als sein Aktionszentrum das «Schweizerische Arbeitersekretariat». Die katholischen Organisationen traten daher dem Arbeiterbunde bei und nahmen an allen seinen Aktionen Anteil, solange Männer wie Scherrer, Greulich, Mettier, Conzett, Brandt usw. tonangebend waren. Im Jahre 1911 erfolgte der Austritt aus dem Arbeiterbund, in welchem der doktrinäre Marxismus und radikale syndikalistische Strömungen seit Mitte der neunziger Jahre die Oberhand gewannen. In der Folge wurde der «Christlich-soziale Arbeiterbund der Schweiz» geschaffen. Im schweizerischen Arbeiterbunde war stets das Hauptstreben der katholischen Sozialpolitiker gewesen, die schweizerische Arbeiterschaft als Ganzes zu gemeinsamen positiven Aktionen im Sinne einer, allen Beteiligten nutzbringenden Wirtschaftsreform zu einigen. In diesem Sinne wurde auf den Ausbau der schweizerischen Arbeiterschutzgesetzgebung und auf die Schaffung der berufsgenossenschaftlichen Organisation der Industrie, des Handwerkes und der Landwirtschaft hingearbeitet. Für den berufsgenossenschaftlichen Aufbau der Gesellschaft fand die katholische Richtung durch den ganzen Verlauf der neunziger Jahre im schweizerischen Arbeiterbund Verständnis. Die katholische soziale Aktion führte im Jahre 1887 zur Gründung des «Verbandes katholischer Männer- und Arbeitervereine». Der Verband katholischer Männer- und Arbeitervereine war darauf das Organ der katholischen sozialpolitischen Aktion bis zum Zeitpunkte, da diese Vereine mit den von St. Gallen aus gegründeten christlich-sozialen Organisationen zu Verbänden des neuen Typus verschmolzen wurden (1902). Die Grundtendenz war, der Widerstand gegen die manschesterliche Freiwirtschaft und die Akzentuierung der Gerechtigkeit im Arbeitsvertrag und in der Lohnzumessung. Es wurde danach gestrebt, mit den Arbeiterorganisationen anderer religiös-politischer Richtungen gemeinsame sozialpolitische Aktionen zu unternehmen. Durch den Verlauf der neunziger Jahre erhielt die soziale Aktion eine Förderung nach der theoretischen Seite durch die «Vereinigung schweizerischer Sozialpolitiker» (gegründet 1891), benannt «Soziologenverband», in welcher unter dem Vorsitze von Dr. Karl Eberle (Flums) zu allen auftauchenden Grundsatzfragen der Soziologie und Erwerbswirtschaft Stellung genommen wurde.

Die sozialpolitische Aktion Josef Becks kann wie folgt zusammengefasst werden: er befürwortete im Versicherungsgesetze die Organisation der Kranken-

versicherung auf Grund der freien Kassenassoziationen, sodann die wirksame Förderung der Wöchnerinnen- und Kinderversicherung. Im Fabrikgesetze des Jahres 1913 trat Beck für den Maximalarbeitstag, die Sonntags- und Samstag-nachmittagsruhe ein, auch für die Vorschriften betreffend das Einigungsverfahren bei Lohnstreitigkeiten. Beck hat innerhalb der katholischen Arbeiterbewegung vor allen den Fragen der gesetzlichen Regelung und der Kodifikation des Arbeitsrechtes nicht minder den grossen Organisationsproblemen seine Aufmerksamkeit geschenkt. Die von Beck, Decurtius und Feigenwinter vertretene Richtung bekämpfte seit dem Jahre 1893 die «Lex Forrer». Feigenwinter, Eberle, Burtscher usw. hatten vom Anfang der Bewegung an bis zur Volksabstimmung vom 20. Mai 1900 diesen Gesetzesentwurf bekämpft als ein «typisch etatistisches Gebilde, ausgearbeitet genau nach den kathedersozialistischen Rezepten, wie sie gegen Ende des 19. Jahrhunderts von Deutschland her die Geister entzückten».

Unter den politischen Führergestalten der katholisch-sozialen Bewegung ragt seit Mitte der neunziger Jahre *Georg Baumberger*, früher in St. Gallen, seit dem Jahre 1906 in Zürich, hervor. Als politischer Redakteur an der «Ostschweiz» ist er im st. gallischen Industriezentrum auch für die Interessen der Stickereiindustrie und die Handelspolitik eingetreten¹⁾. Im Jahre 1922 gründete Baumberger in Zürich die christlich-soziale Partei. «Um die christlich-soziale Fahne suchte er alle jene zu sammeln, die sich positiv einstellen zu den christlichen Idealen, die eine fortschrittliche christliche Sozialreform nach der bekannten programmgebenden Enzyklika Leos XIII. durchführen wollen, die die christliche Moral hochhalten und den destruktiven Tendenzen im Staats- und Familienleben begegnen wollen und die vor allem und über allem den Gedanken der Gerechtigkeit und bürgerlichen Toleranz auch in religiösen Dingen hochhalten»²⁾.

Die *Stellung der historischen Parteien zu den grossen eidgenössischen Vorlagen* wechselte von Fall zu Fall³⁾. Auch in ein- und derselben Partei war sie nicht immer einheitlich. Die Vorlage über die Bundesbank als Staatsbankprojekt fand nicht die Zustimmung des Schweizervolks, während die Verstaatlichung der Hauptbahnen mit grossem Mehr angenommen wurde. Die katholisch-konservative Partei hatte mit dem Eintritt von zweien ihrer Parteimitglieder in den Bundesrat ihre oppositionelle Haltung auch in den Fragen der Wirtschaftspolitik gemildert oder ganz oder teilweise aufgegeben, während die liberalkonservative Partei namentlich in der Westschweiz, sei es aus föderalistischen oder grundsätzlichen Erwägungen, nicht abgerüstet hat.

Die *sozialdemokratische Partei der Schweiz* hat sich als fest geschlossener Organismus spät in das Parteileben eingegliedert, was aber nicht heissen will,

¹⁾ Als Wirtschaftspolitiker unterstützte Baumberger die Politik von Cramer-Frey; er sprach sich gegen die Bundesbank (Entwurf Hauser) und für die Eisenbahnverstaatlichung und auch gegen den Protektionismus aus.

²⁾ Neue Zürcher Nachrichten vom 19. September 1928.

³⁾ E. Fueter: Die Schweiz seit 1848, Zürich 1928, würdigt diese Vorlagen nur teilweise; so spricht er z. B. nicht von der grossen Bewegung die zur Schaffung der Schweizerischen Nationalbank führte. Vgl. die staatsrechtliche Seite des Geldwesens, der Eisenbahnpolitik bei Fleiner, Bundesstaatsrecht, Tübingen 1923.

dass die Ideen des Sozialismus nicht seit Jahrzehnten verbreitet wurden. Da durch die kleinbürgerliche Demokratie fast alle Forderungen des politischen Programmes schon verwirklicht waren, ehe die sozialdemokratische Partei der Schweiz gegründet wurde, so stand ihr auf politischem Wege wenig Agitationsstoff zur Verfügung¹⁾. Im Nationalrat übte die sozialdemokratische Partei erst nach der *Verhältniswahl des Nationalrates* (Oktober 1919), die ihre Vertreterzahl auf 35 brachte, stärkeren Einfluss aus²⁾. Die Bildung einer bestimmten abgegrenzten «Sozialdemokratischen Partei» kam erst im Jahre 1889 zustande. Die Masse der schweizerischen Arbeiter erblickte in den Grütlivereinen mit ihrem zum Teil radikal kleinbürgerlichen Charakter eine ausreichende Organisation. Erst die zunehmende Industrialisierung des Landes und parteitaktische Veränderungen führten zu der Bildung der schweizerischen sozialdem. Partei. In den letzten fünf Jahrzehnten traten in der Arbeiterbewegung der Schweiz eine Anzahl Männer hervor, die ihren Kurs in entscheidender Weise beeinflussten. Wir nennen die Namen Greulich, Seidel, Lang, Pflüger, Grimm, Johannes Sigg usw. Alle diese Führer haben in Büchern, Zeitschriften, Vorträgen und in der sozialdemokratischen Presse für den sozialen Fortschritt und für die sozialistischen Ideen gekämpft, vor allem aber auch für die Ausbildung und Erstärkung des Gewerkschaftswesens und der politischen Partei. Ideen und Richtungen verschiedener Art wurden von diesen Führern der Sozial-

¹⁾ Heinrich Herkner: *Die Arbeiterfrage*, II. Band, Berlin 1922. *Soziale Theorien und Parteien*, S. 477. Emil Dürr (*Neuzeitliche Wandlungen in der schweizerischen Politik*), Basel 1928, S. 92 ff., erwähnt drei nationale Gegebenheiten mit denen die Sozialdemokratie zu rechnen hat (Verwirklichung der politischen Demokratie ohne sie, die Besonderheiten des schweizerischen Volkscharakters [Sicherheitsbedürfnis] und die Standortpolitik der schweizerischen Industrie).

²⁾ Die stärkste Entwicklung nahm die Sozialdemokratie in der stark industrialisierten Ostschweiz, vor allem in Zürich. Bei den Frühjahrswahlen 1928 eroberte die sozialdemokratische Partei auch die Mehrheit des Stadtrates. Im ehemaligen Zürich III, nunmehr in den Stadtkreisen III, IV und V ist die Hochburg der Sozialdemokratie. Vgl. Zur Linden: *Hundert Jahre, Bilder aus der Geschichte der Stadt Zürich (1814—1914)*, Kapitel 41: Zürich III sozialistisch.

Zur Frage der sozialistischen Taktik nach Antritt der Herrschaft in der Stadt Zürich ist folgende Stelle im Begrüssungsartikel des Volkrechts (Nr. 211, 1928) zum Parteitag der sozialdemokratischen Partei der Schweiz charakteristisch: «... wenschon wir weit davon entfernt sind, dem Proletariat Wunder zu versprechen, es jemals über die ungeheure Schwere und Langwierigkeit seines Befreiungskampfes hinwegzutäuschen. Als Marxisten weisen wir es ebenso von der Hand, einer der Arbeiterklasse schädlichen und völlig sinnlosen Revolutionsspielerei zu huldigen, als ihr eine Politik der Leisetreteri mündgerecht zu machen, die sich mit den Brosamen begnügen würde, welche von der Herren Tisch fallen.» Über die Stellungnahme zur Demokratie schrieb das «Volkrecht» (15. August 1928): «Seit den sechziger Jahren hat der Kapitalismus und Industrialismus ein starkes Proletariat, eine grosse Arbeiterklasse herausgebildet, die nach Gleichberechtigung ringt, die auf das Staatswesen den ihr zukommenden Einfluss ausüben will. Das kann nicht dadurch geschehen, dass wir als Sozialdemokraten auf die reaktionären Wünsche unserer Klassengegner eingehen, dass wir vielmehr alle Möglichkeiten, die die bürgerliche Demokratie uns bietet, ausnutzen und dass wir den Gegner dazu zwingen, die heutige Staatsform zu einer wahrhaften Demokratie auszugestalten, in der die proletarische Minderheit nicht nur im Parlament, sondern auch in der Exekutive mitbestimmend zur Geltung kommen und in der die Arbeiterschaft ungehemmt ihren Willen an der Urne zum Ausdruck bringen kann. Als Sozialdemokraten dürfen wir uns, ohne unsere Grundsätze zu verleugnen, nicht mit der heutigen Demokratie, die ein Instrument des bürgerlichen Klassenstaates ist, abfinden, und noch viel weniger dürfen wir mithelfen, sie abzubauen und zu rationalisieren.»

demokratie im Laufe der Jahrzehnte vertreten, obwohl alle auf dem Boden des sozialdemokratischen Parteiprogrammes standen. *Hermann Greulich* widmete seine Kraft dem Gewerkschaftswesen und dem politischen Aufbau der Partei, griff aber zugleich neben den sozialen die grossen politischen Probleme auf, während *Paul Pflüger* den Schwerpunkt seiner Tätigkeit nach einer langen vorbereitenden Parteiarbeit der kommunalen Sozialpolitik und dem Gemeindesozialismus und vor allem auch der Wohnungsfrage zuwandte. *Robert Seidel* spezialisierte sich auf das Getreidemonopol, für das er bereits im Jahre 1879 eintrat. *Otto Lang* wandte sich als Jurist im besonderen den Problemen des Dienstvertrages, des Tarifvertrages, der Kranken- und Unfallversicherung zu und den allgemeinen sozialpolitischen Fragen (Arbeitszeit, Fabrikgesetz, Kranken- und Unfallversicherung, Haftpflicht usw.). *Johannes Sigg* bearbeitete als Spezialgebiet die Wohnungsfrage, die Gewerbehygiene. *Robert Grimm* entwickelte sich immer mehr zum Taktiker und Führer der sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Seine Interessen blieben weniger an den sozialpolitischen Einzelproblemen haften, sondern waren mehr auf eine zielsetzende und richtunggebende Politik eingestellt. Seine Schriften ¹⁾: Generalstreik und politischer Massenstreik, Sozialismus und Bürgertum, Demokratie und Sozialismus, Revolution und Massenstreik usw. haben die Parteientwicklung nach einer ganz bestimmten Richtung beeinflusst. Als Verwaltungsmann nahm Grimm zu konkreten Problemen des Gemeindesozialismus Stellung, u. a. zur Frage der Gemeindebetriebe.

Im Laufe der Jahrzehnte waren in der Taktik der Partei mancherlei Wandlungen zu konstatieren. Herkner ²⁾ bezeichnete den Zürcher Parteitag vom Jahre 1904 als reformatorisch. Charakteristisch für die unbedingte Herrschaft der in anderen Ländern von den «Revisionisten» verteidigten Taktik war für ihn die Tatsache, dass auch die «Radikalen» dem neuen Programm mit seinem demokratisch-reformierten Charakter zustimmten. Eine Wendung brachte u. a. das Jahr 1915 mit dem Austritt des Grütlivereins. Die endgültige Trennung hatte verschiedene Ursachen. Die beginnende und stets zunehmende Linksorientierung ³⁾ (Jugendorganisation, Militärfrage, Novemberunruhen in Zürich 1917, Oltener Aktionskomitee) drängte zu einer radikaleren Tat. Unter dem Einflusse bolschewistischer Ideen wurde in der sozialdemokratischen Partei der Schweiz eine Richtung massgebend, die im Herbst 1918 zum Generalstreik ⁴⁾ führte.

¹⁾ Aus der zusammenfassenden Literatur seien hervorgehoben: Otto Lang: «Sozialismus oder Kapitalismus», Bern (ohne Jahreszahl), Robert Grimm: «Geschichte der Schweiz in ihren Klassenkämpfen», Bern 1920, ferner Berghoff-Ising: «Die sozialistische Arbeiterbewegung in der Schweiz», Leipzig 1895.

²⁾ Die Arbeiterfrage, Berlin 1922, S. 477 ff. Eine Würdigung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz vor dem Kriege findet sich bei Eduard Fueter, «Die Schweiz seit 1848», S. 233 ff.

³⁾ Schenker: «Die sozialdemokratische Bewegung in der Schweiz» (Berner Dissertation 1926), S. 137 ff.

⁴⁾ Über den Generalstreik bei Schenker, S. 159—184. Über die Entwicklung der Partei nach dem Kriege schrieb Grimm (Geschichte der Schweiz in ihren Klassenkämpfen, Bern 1920), S. 405: «Der Weltkrieg hat der Partei und der Arbeiterbewegung einen neuen Inhalt gegeben, die mühsame Werbearbeit von Jahrzehnten ersetzt und im grossen Massstabe die Vereinigung der Arbeiterbewegung mit dem Sozialismus vollzogen.» E. Reinhard schreibt (Rote Revue,

Von starkem Einfluss auf die Fortbildung der wirtschaftlichen Ideen in der Schweiz war die im Jahre 1897 erfolgte *Gründung des Schweizerischen Bauernverbandes*¹⁾. Wohl wurden früher innerhalb der bürgerlichen Parteien bäuerliche Interessen wahrgenommen, allein mit der Schaffung einer über das ganze Land sich erstreckenden bäuerlichen Organisation kam ein neues Element, ein neuer Machtfaktor in die schweizerische Wirtschafts- und Sozialpolitik des Landes. Die Gegensätze zwischen Industrie und Landwirtschaft prägten sich in der Folge schärfer aus, ebenso diejenigen zwischen Bauertum und sozialdemokratisch organisierter Arbeiterschaft. Aber nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch politisch hat sich der Einfluss des Schweizerischen Bauernverbandes ausgewirkt, indem er zu mehreren selbständigen kantonalen Bauernparteien²⁾ führte und bei den Nationalratswahlen des Jahres 1919 zur Berner Bauern- und Bürger-Partei, die in der Folge, zusammen mit der Bauernfraktion des Nationalrates, eine energische Bauernpolitik betrieb. Die allgemeine Politik des Bauernverbandes setzt sich folgende Ziele: Gerechter Ausgleich zwischen den Konsumenten und Produzenten der Lebensmittel, Erhöhung der Produktivität der Arbeit; sie weist auf die Gefahren der weitem Zunahme des industriellen Übergewichts innerhalb der schweizerischen Volkswirtschaft hin, sie ist gegen die Sozialisierung und Verstaatlichung und anerkennt die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Erwerbsgruppen. Besondere Postulate sind: Siedlungspolitik (das Wachstum der Gross-

September 1928, S. 1): «Man empfindet in der Schweiz den Gegensatz zwischen sozialdemokratischer und bürgerlicher Politik so stark, dass alle Unterschiede zwischen bürgerlichen Parteien tatsächlich verschwinden.» Diese Behauptung ist kaum zutreffend, denn innerhalb der bürgerlichen Parteien sind, wie diese Studie dartut, mehr oder weniger grosse wirtschafts- oder sozialpolitische Gegensätze vorhanden. In seiner Schrift «Grundsätzliches über freisinnige und sozialistische Politik», Zürich 1919, bemerkt A. Meyer: «Die Zukunft geht klar auf eine Ausbildung der Steuern nach sozialpolitischen Gesichtspunkten, namentlich auch auf eine starke Heranziehung der Erbschaften durch Erbschaftssteuern und auf die Ausbildung der Luxusbesteuerung. In diesen Richtungen können Freisinn und Sozialismus ein Stück Weges zusammengehen. Die praktische Politik vermöchte also einen gewissen Ausgleich zwischen beiden Systemen zu finden. Was aber heute das Zusammengehen erschwert und einen Ausgleich hindert, ist jene Politik rücksichtslosen Klassenkampfes, mit der der Sozialismus seine Ziele zu erreichen sucht. Hat einst die liberale Nationalökonomie gleich wie frühere Vertreter des Sozialismus an eine Harmonie der Interessen im Staate geglaubt, so wird heute von der Sozialdemokratie einseitig nur der Interessengegensatz zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Welt betont.» Bei mehreren eidgenössischen Vorlagen, so u. a. bei dem Bundesgesetz über die Ordnung des Arbeitsverhältnisses (1920), haben Freisinn und Sozialdemokratie nach der gleichen Parole gestimmt.

¹⁾ Aufsatz im Handwörterbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung von Reichesberg, Denkschrift des Schweizerischen Bauernverbandes, Brugg 1917. Amann, «Der zürcherische Bauernbund» (1891—1904), Zürcher Dissertation, 1925.

²⁾ In seinem Buche «Bauernpolitik» stellte Laur im Anhang Leitsätze zu einem Programme für schweizerische Bauernparteien auf, die in «allgemeine Grundsätze der Bauernpolitik» und «landwirtschaftliche Ziele der Bauernpolitik» zerfallen. Auf Seite 1—3 des Buches wurde die Stellung einer politischen Bauernpartei umschrieben und auf Seite 26 ff. die Gründung von Bauernparteien ins Auge gefasst. «Der Verband soll seinen Einfluss geltend machen, dass die entstehenden politischen Bauernparteien auf einheitlicher Grundlage aufgebaut werden. Dabei muss er dafür sorgen, dass diese neuen Gebilde im Rahmen des Bauernverbandes mit den bestehenden, rein beruflichen Organisationen zusammengefasst werden, so dass nach aussen die Bauernsame immer als geschlossenes Ganzes auftritt» (S. 28).

städte wird als Gefahr bezeichnet), Erhaltung der Selbständigkeit und Eigenart des Schweizervolkes, Kampf gegen die Verbreitung fremdländischen Wesens. Die landwirtschaftlichen Hauptpostulate sind u. a.: Besitzverteilung des Bodens in mittlere Betriebsgrößen, gesetzliche Organisation des Hypothekarkredites, niedrigen und stabilen Zinsfuß, Massnahmen gegen die Überschuldung der Landwirtschaft, Gleichberechtigung der landwirtschaftlichen Arbeiter¹⁾ mit den städtischen, Massnahmen gegen den Arbeitermangel in der Landwirtschaft, Förderung des Genossenschaftswesens, Ausbau der landwirtschaftlichen Versicherung, gleichmässige und gerechte Heranziehung aller Kreise zur Steuer, vor allem aber eine landwirtschaftliche Preispolitik auf dem Gebiete der Marktorganisation, der Zollpolitik, der staatlichen Monopole. Die Preise sind als «angemessen» zu bezeichnen, wenn sie durchschnittlich bei rationeller Wirtschaft und mittleren Produktionsbedingungen und Landgutspreisen dem Bauer und seiner Familie den gleichen Arbeitsverdienst wie den Angestellten, einen Verwaltergehalt und eine dem Schuldzinsfuß entsprechende Vermögensrente ermöglichen.

Die vom Schweizerischen Bauernverband inaugurierte Wirtschaftspolitik hat sich dank der ausserordentlichen Initiative und Tätigkeit des schweizerischen Bauernsekretariates einen bedeutenden Platz in der Wirtschaftspolitik des Landes errungen. Eine lange Reihe von Publikationen des Sekretariates tut dar, wie vielseitig die Unterstützung der schweizerischen Landwirtschaft durch die neue Organisation war und ist und welch umfassende Reformarbeit geleistet wurde. Die Bedeutung dieser Arbeit für das Wohl der Landwirtschaft und der gesamten schweizerischen Volkswirtschaft zu werten, liegt nicht im Rahmen dieser Studie. Mit der Schaffung eines schweizerischen Bauernverbandes²⁾ kam ein neues Moment, man kann sagen eine neue Richtung, in die schweizerische Wirtschaftspolitik.

¹⁾ In der «Roten Revue» (Nr. 1, 8. Jahrgang) weist (S. 4) E. Reinhard auf die enge Verbindung von Kleinbauernschaft und Arbeiterschaft hin. «Tausende und aber Tausende gelten statistisch als Arbeiter; aber da sie noch ein kleines Heimwesen führen, so fühlen sie sich selbst als Bauern.»

²⁾ Im «Schweizerischen Beobachter» Nr. 9 vom September 1928 fasste E. Laur die Richtlinien der Bauernpolitik in folgende Sätze zusammen: «Wir Bauern gehen in unserer Lebensauffassung davon aus, dass das irdische, greifbare, materielle Leben nicht den einzigen Inhalt des Daseins bildet. Wir stehen auf christlichem Boden. Wir erblicken in der Familie die Grundlage der menschlichen Wohlfahrt. Wir achten das Eigentum, und wir lehnen den Klassenkampf ab. Aber das hindert uns nicht, die Notwendigkeit anzuerkennen, dass der Erwerbstrieb gezügelt werden muss, und hierfür staatliche Massnahmen zu befürworten. Ja, wir treten auch für staatliche Unternehmungen ein, wo diese nützlich sind. In einer Zeit, da das Grosskapital, der Handel und die Industrie, das Gewerbe und Handwerk in Kartellen, Trusts, Ringen, Preisverbänden und dergleichen erstarren, da kann uns auch das Wort «staatliche Monopole» nicht schrecken, wenn es gilt, die kleinen Produzenten und die Konsumenten zu schützen. Wir lehnen das herzlose, wirtschaftliche Manchesterium, den sogenannten wirtschaftlichen Liberalismus ab. Das Manchesterium anerkennt nur die Existenzberechtigung eines im freien Wettbewerbes rentablen Betriebes. Was nicht rentiert, soll zugrunde gehen. Wir aber fragen: Was ist für ein Volk und die Menschheit an und für sich erhaltenswert, wo sind die besten, die wertvollsten Elemente der Nation? und antworten: Diese müssen wir erhalten, gleichgültig, ob sie im freien Wettbewerb rentabel sind oder nicht. Das Manchesterium sagt: Was Gewinn bringt, ist erhaltenswert. Wir antworten: Was erhaltenswert ist, muss Gewinn bringen. Dem Manchesterium ist die Wirtschaft nur ein Geschäft, uns ist sie eine sittliche Gemeinschaft.»

Die Erfolge und Aspirationen dieser Bauernpolitik wären leichter zu überblicken, wenn nicht die Kriegs- und Nachkriegszeit mit ihren eigenartigen, exzeptionellen Bedingungen diesen Überblick so ausserordentlich erschwert hätte. In seinem Buche: «Bauernpolitik» (Aarau 1925, 3. Auflage) formuliert Ernst Laur nicht nur seine Forderungen an die Wirtschaftspolitik — von besonderer Bedeutung sind die «Wirtschaftlichen Richtlinien für die schweizerische Zollpolitik» —, sondern er bietet auch eine Übersicht über die Massnahmen zur Förderung und Erhaltung der Landwirtschaft und des Bauernstandes, er zeigt die Bauernpolitik im Lichte einer höheren Lebensauffassung (Familie, Gemeinde, Staat, Schule und Erziehung, Gesetz und Recht, Armee, Kirche usw.). Die Gegensätze, die zwischen Industrie und Landwirtschaft naturgemäss bestehen, aber durch eine Politik des Ausgleiches, wie sie vom Chef des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, Bundesrat Schulthess, bestätigt wurde, auf ein vernünftiges Mass reduziert werden können, sind durch den schweizerischen Bauernsekretär seit langen Jahren schärfer ins Licht gerückt worden. Kurz zusammengefasst sind sie in der Schrift: «Industrie und Landwirtschaft» ¹⁾ S. 26 (Zürich 1915).

Bemerkenswertes wurde auf dem Boden der Schweiz für die *Ausbreitung genossenschaftlicher Ideen* geleistet. Hier drängen sich in der neueren Zeit, der Periode der Ideenklärung, die Namen Stefan Gschwind (1854—1904), Joh. Friedr. Schär (1846—1924) und Hans Müller auf. Gschwind ²⁾ war der Mann der weit-ausgreifenden Pläne. «Er begann das unerhörte Unternehmen, alle Räder seines sozialen Triebwerkes gleichsam in vollem Umschwung auszutauschen und von einer neuen Kraftzentrale aus in Bewegung zu setzen.» Hans Müller ³⁾ hat die Bewegung stark im Sinne der Ideenklärung beeinflusst vor allem mit seiner Schrift: «Die Klassenkampftheorie und das Neutralitätsprinzip der Konsumgenossenschaftsbewegung» (Basel 1907), aber auch als Geschichtsschreiber und Theoretiker der Genossenschaftsbewegung.

¹⁾ «Die schweizerische Volkskraft und Eigenart wird sich mit dem Rückgange des Bauernstandes rasch erschöpfen. Immer mehr werden wir, wenn die Landwirtschaft verschwinden müsste, eine internationale Fremdennation werden, welche auf Schweizerboden Welthandel treibt, solange es geht, bis schliesslich der politische und wirtschaftliche Zusammenbruch und vielleicht die Fremdenherrschaft kommt. Wer es mit der Zukunft unseres Landes wohl meint, wer die Unabhängigkeit unseres Volkes erhalten will, muss einem billigen Ausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft das Wort reden. Er muss die Volkswirtschaftstheorie von dem Glücke billigster Lebensmittel grundsätzlich verwerfen und verlangen, dass ein gerechter Ausgleich zwischen der Lebenshaltung aller Stände das Leitmotiv der Wirtschaftspolitik bilde, dass man durch Preis und Lohn diesen billigen Ausgleich mit möglichst wenig Opfern und Ungerechtigkeit zu erzielen suche, und zwar gleichgültig, ob ein Gewerbe Lebensmittel oder Industrieprodukte produziert, ob einer Unternehmer oder Arbeiter, Produzent oder Konsument sei. Auf diesem Boden ist eine Verständigung zwischen den einzelnen Erwerbsgruppen möglich. Eine einseitige Politik billiger Lebensmittel bedeutet auf wirtschaftlichem Boden den Kampf, und wenn sie siegt, den Untergang der Landwirtschaft.»

²⁾ Henry Faucherre: *Umriss einer genossenschaftlichen Ideengeschichte*, Basel 1928.

³⁾ Über Müller: Faucherre, S. 117 ff. Den Gang der genossenschaftlichen Entwicklung in Zürich schildert die Jubiläumsschrift des Lebensmittelvereins Zürich (1878—1928). Grundlegend bleibt Hans Müllers: *Die schweizerischen Konsumgenossenschaften, ihre Entwicklung und ihre Resultate*, Zürich 1896.

Die Entwicklung der wirtschafts- und sozialpolitischen Ideen wurde durch die *Vertreter der nationalökonomischen Wissenschaft an den schweizerischen Universitäten* wirksam gefördert. Vor allem waren es jene akademischen Lehrer, die sich auch schriftstellerisch mit den Problemen der schweizerischen Wirtschaft abgaben. Was die deutsche Schweiz betrifft, so seien die Namen Julius Wolf und Heinrich Herkner ¹⁾ hervorgehoben, die an der Universität Zürich wirkten und durch ihre Schriften, Vorträge und Artikel in der Tagespresse auf das öffentliche Leben des Landes einwirkten. N. Reichesberg, Bern, machte sich durch Ausgabe seines «Handwörterbuch» verdient, Julius Landmann vor allem durch bankpolitische Untersuchungen und Arbeiten. Vilfredo Pareto beeinflusste namentlich durch seine Werke die mehr individualistisch gerichtete Westschweiz. Heinrich Herkner hat die tiefsten Spuren als Sozialpolitiker zurückgelassen, Julius Wolf als Theoretiker des Notenbankwesens, der Finanzwissenschaft und des Börsenwesens.

Die *Umgestaltung der alten Parteien* trat unter dem Einflusse wirtschaftlicher Machtfaktoren in der Zeit nach 1900 stärker hervor ²⁾. Namentlich in der Nachkriegszeit ist häufiger von der Verwirtschlichung der Politik gesprochen worden. Dabei wäre immerhin zu konstatieren, dass der politische Einfluss entscheidend geblieben ist und nach wie vor sich in fest gegliederten Parteien durchsetzt. Man kommt diesem Problem näher, wenn man von einer etwas veränderten Mentalität in der Nachkriegszeit ausgeht. Die ökonomischen Schwierigkeiten der Kriegs- und Nachkriegszeit, der verschärfte Konkurrenzkampf, die Verteuerung der Lebenshaltung in der Kriegszeit, das Wohnungsproblem, die grossen Valutaverluste und Kapitalverluste aller Art, verschiedene politische, wirtschaftliche und soziale Neuorientierungen konnten nicht spurlos an den politischen Parteien vorübergehen. Die Wirtschaftspolitik der historischen Parteien, die vor allem eine Weltanschauung zusammenhält, ist nicht so stark geschlossen wie diejenige der Bauernpartei und der sozialdemokratischen Partei, in der sich wirtschaftlich und politisch nach demselben Ziel strebende Massen zusammenfinden. Innerhalb der freisinnig-demokratischen Partei müssen sich verschiedene wirtschaftliche und soziale Richtungen durch eine Politik des Ausgleiches und der Verständigung eingliedern. Dass es dabei zu vorübergehenden Meinungsverschiedenheiten kommen kann, das zeigte die Kampagne für das Getreidemonopol und früher der Kampf um die «Bundesbank» usw. Dasselbe ist bei der katholisch-konservativen Partei der Fall, wo Gegensätze wirtschafts- und sozialpolitischer Art namentlich zwischen

¹⁾ Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen, Leipzig 1924. Die Aufsätze von Herkner und Wolf enthalten auch bemerkenswerte Schilderungen über die Zeit ihrer Lehrtätigkeit in der Schweiz.

²⁾ Fueter: «Die Schweiz seit 1848», Zürich 1928: «Die Umgestaltung der alten Parteien», S. 181—188, «Die politischen Parteien», S. 232—241. Dürr: «Neuzeitliche Wandlungen in der schweizerischen Politik», Basel 1928, «Gegen den Strom», Verlag «Mitten Durch», Zürich 1928: Die «Interessenpolitik», S. 21—24. Dürr bemerkt (S. 115): «Zur wesentlichen Charakteristik der heutigen politischen Gesamtlage tragen folgende fundamentale Tatsachen bei: Das öffentlich-politische Leben wird hauptsächlich von wirtschaftlich-materialistischen Mächten und Bewegungen beherrscht, und sozial waltet ein heftiger Klassenkampf, der die Politik im Angriff und in der Abwehr stark imprägniert. Die ursprünglichen und traditionellen geistigen Werte und Mächte, die historischen politischen Ideologien haben hingegen eine empfindliche Schwächung erfahren.»

der konservativ-bäuerlichen Richtung und den christlich-sozial organisierten gewerblichen Arbeitern vorhanden sind. Die Nachkriegszeit mit ihren empfindlichen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Rückwirkungen bringt in der Wirtschafts- und Sozialpolitik vor allem zwei Auffassungen stärker in den Vordergrund: die freisinnig-liberale und die sozialdemokratische. Die individualistische Auffassung der westschweizerischen und der Basler Liberalen hat seit dem Rückgang der sogenannten «Zentrumsgruppe» auf 6 Stimmen im Nationalrat stark eingebüsst. Es haben sich in der Wirtschaftspolitik gewisse Annäherungen an die freisinnig-demokratische Auffassung vollzogen. Die Frage, bis zu welchem Grade ein noch stärkeres Anwachsen der sozialdemokratischen Richtung die Orientierung der wirtschafts- und sozialpolitischen Ideen beeinflussen könnte, muss aus der vorliegenden Betrachtung ausscheiden. Die Ansicht ist von Sozialpolitikern ausgesprochen worden, dass die Entwicklung möglicherweise in der Richtung einer radikalen Reformpartei verlaufen könnte, ohne Preisgabe grundsätzlicher Programmpunkte. Die Auseinandersetzung mit der praktischen Wirklichkeit dürfte möglicherweise zu einer mehr reformistisch orientierten Taktik hinleiten ¹⁾.

In der Nachkriegszeit wird gegenüber der stets erstarkenden Staatswirtschaft mehr als früher auf die *Bedeutung der Privatwirtschaft* hingewiesen, in einem Lande, das unter so schweren und eigenartigen Produktionsvoraussetzungen und Bedingungen arbeiten muss ²⁾. Die lebhaftere Verfechtung der sozialdemokratischen Parteithese, das beständige Anwachsen des Beamtenheeres in Bund, Kantonen und Städten, die fiskalische Belastung und vor allem der ungleich schwere Existenzkampf der schweizerischen Industrie am Weltmarkt haben zu einer neuen Orientierung der Privatwirtschaft geführt ³⁾.

¹⁾ «Wenn die Sozialdemokratie da oder dort in unserm Lande, in einer grössern Stadt z. B., die Mehrheit erhält, nun dann dürften die Keime der Zersetzung, die heute schon deutlich erkennbar sind, üppig wuchern, und es werden neue Parteibildungen entstehen, die wir heute nicht voraussehen können». Walter Bissegger, *Die freisinnig-demokratische Partei und die Sozialdemokratie*, Zürich 1910.

²⁾ «Nur wo alles andere versagt, mag der Staat, der Bund, durch eigene Institutionen von oben herab helfend eingreifen, in allen andern Fällen soll er aber die genossenschaftliche Selbsthilfe sich ausleben lassen und sich damit begnügen, ihr durch einen vernünftigen Ausbau der Gesetzgebung die Wege zu ebnen. Wie die wirtschaftliche Unabhängigkeit eines Landes die Grundlage seiner politischen Freiheit bildet, so bildet das wirtschaftliche Selbständigkeits- und Verantwortlichkeitsgefühl des Einzelnen die Basis der Demokratie, es ertöten heisst zugleich die Demokratie ihrer Kraft und ihres Wesens berauben.» Hans Töndury, «Wirtschaftliche Unabhängigkeit?» Zürich 1915, S. 31.

³⁾ Über die Bedeutung der privaten Initiative und des Regimes der Wirtschaftsfreiheit vgl. Adolf Jöhr: «Staatswirtschaft und Privatwirtschaft in der Schweiz», Zürich 1927: «Vergessen wir nie, dass wir ein Land sind, das nur 60 % seiner Bevölkerung aus seinem Boden ernähren kann; für den Rest von 1½ Millionen Menschen muss Nahrung aus dem Ausland beschafft werden, aus dem Überschuss unserer Exportindustrien, aus den Diensten, die unsere Versicherungsgesellschaften und Banken international leisten, aber auch aus dem Ertrag unserer im Ausland angelegten Kapitalien. Dass es dem Staate jemals gelingen könnte, seinen eigenen Betrieben die internationale Geltung und Bedeutung zu verschaffen, welche der Wagemut, die aufopfernde Arbeit, das kaufmännische Geschick ihrer Leiter den grossen schweizerischen Versicherungsgesellschaften, Banken und Industrien aller Branchen im heissen Konkurrenzkampf um die Märkte der ganzen Welt erobert haben, das werden auch die blindesten Verstaatlichungsfanatiker nicht behaupten dürfen.»

Die Ideen des «*Schutzes der nationalen Arbeit*» fanden in der Zeit nach 1913 in zwei Institutionen sichtbaren Ausdruck: in der «Schweizerwoche» und der «Schweizer Mustermesse», die klar formuliert, tatkräftig ins Leben gesetzt und sich von chauvinistischen Allüren freihielten. Nebeneinander ging der Kampf gegen die politische, wirtschaftliche und geistige Überfremdung der Schweiz, für die wirtschaftliche Selbstbehauptung, die Zurückdämmung schädigenden ausländischen Einflusses. Da die wirtschaftliche Überfremdung aufs engste mit der politischen Überfremdung ¹⁾ zusammenhängt, musste diese notwendigerweise mit dem ganzen Tatsachenkomplex behandelt werden ²⁾.

Ein Blick auf den Gang der Entwicklung der wirtschafts- und sozialpolitischen Ideen in der Schweiz gibt ein seltsam reiches Bild von der Fülle und Originalität der Anschauungen, die sich auf einem so kleinen Wirtschaftsgebiet zusammenfinden; die Mannigfaltigkeit der Kulturformen, eine jahrhundertelange demokratische Tradition und die Verkehrslage der Schweiz im Herzen Europas haben starken Anteil an diesem Reichtum, der aus so vielen Quellen fließt. Was Fritz Fleiner ³⁾ von des Schweizervolkes Zügen im öffentlichen Recht sagt, das gilt auch vom Wirtschaftlich-Sozialen: «es spiegeln sich wieder: das Konservative und das Rationalistisch-Nüchterne, die Liebe zur individuellen Freiheit und der leidenschaftliche Hang zur Gleichheit».

¹⁾ C. A. Schmid «Unsere Fremdenfrage», Zürich 1915; im Anhang ein Verzeichnis der wichtigsten einschlägigen Literatur.

²⁾ Die «Neue Helvetische Gesellschaft», die «Vereinigung schweizerischer Republikaner», die «Neue Zürcher Zeitung», «Basler Nachrichten», «Gazette de Lausanne», «Journal de Genève» haben sich am meisten mit der wirtschaftlichen Überfremdung des Landes beschäftigt. Vgl. auch die Schriftenreihe «Schweizer Art und Kunst», Verlag Rascher & Co.

³⁾ Schweizerisches Bundesstaatsrecht, Tübingen 1923.